

03.07.2012
105b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



„Den Hunger bekämpfen.

Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung“

Neue Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz

Stellungnahme von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, bei der Pressekonferenz am 3. Juli 2012 in München

Die weltweite Hungerkrise erregt bestenfalls bei akuten Hungersnöten für einige Tage „mediale Aufmerksamkeit“. Ihr Ausmaß ist aber seit Jahrzehnten dramatisch. Derzeit leiden knapp eine Milliarde Menschen an chronischem Hunger und sogar doppelt so viele können sich nicht ausgewogen ernähren. Und das obwohl die globale Nahrungsmittelproduktion in den letzten 50 Jahren stärker gewachsen ist als die Weltbevölkerung. In den allermeisten Fällen sind die Betroffenen Kleinbauern, Pächter, Hirten, Fischer und Landlose, die auf den Feldern anderer arbeiten.

Hunger ist nicht in erster Linie auf Missernten und fehlende Nahrungsmittel zurückzuführen, sondern die Folge verschiedener, sich wechselseitig verstärkender politischer und ökonomischer Fehlentwicklungen sowohl in den einzelnen Ländern selbst wie auch auf internationaler Ebene. Despotische Regime, Bürgerkriege und politische Unruhen steigern das Risiko von Hungersnöten beträchtlich. Zudem haben die meisten Entwicklungsländer in den letzten Jahrzehnten kaum in die Entwicklung ländlicher Räume und in geeignete Infrastruktur investiert. Diese mehr als tragische Fehleinschätzung wurde auch von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit befördert. Die meisten betroffenen Länder sind heute auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, da ihre Landwirtschaft zu wenig produktiv ist. Und selbst in wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenländern wie Indien verfügt die Mehrzahl der Landwirte kaum über gesicherte Landrechte und Zugang zu ländlichen Dienstleistungen, die ihren spezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Das zeigt, dass zunächst einmal die jeweiligen Länder selbst

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass die von Hunger bedrohten Menschen auf Dauer ihre Ernährung aus eigener Kraft sichern können.

Doch angesichts der zunehmenden globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ist jede landwirtschaftliche Produktion höchst abhängig von externen Einflüssen. Um den von Hunger bedrohten Menschen zu ermöglichen, ihr Recht auf Nahrung aus eigener Kraft zu verwirklichen, besteht unsere Verantwortung zunächst einmal darin, alles das zu unterlassen, was ihre Chancen darauf verringert.

Die Studie benennt sechs Problemfelder, welche die von Hunger betroffenen Menschen und ihre Umwelt noch verwundbarer machen und damit ihre aktuellen und zukünftigen Handlungsspielräume erheblich beschneiden:

1. Die derzeitige industrialisierte und kapitalintensive Produktion von Nahrungsmitteln (Pflanzen, Fleisch, Fisch) steigert zwar kurzfristig die Erträge, hat aber unübersehbare negative Folgen für Böden, Biodiversität, Wasser und Klima. Es braucht also nachhaltigere Formen der landwirtschaftlichen Intensivierung, damit diese die Chancen zukünftiger Generationen nicht schmälern, ihr Recht auf Nahrung zu verwirklichen.
2. Ein gewaltiges Problem für die Ernährungssicherheit ist inzwischen die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, die in den letzten Jahren durch eine höchst fragwürdige staatliche Förderungspolitik auch in der EU („Beimischungsquote für Benzin – E 10“) deutlich ausgebaut wurde. Dies erhöht den Flächenverbrauch in den Entwicklungsländern und verschärft damit die Konkurrenz um ohnehin schon knappes Land und Wasser. Daher muss dringend sichergestellt werden, dass die Nutzung von Agrartreibstoffen nicht weiter zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion geht.
3. Die wachsende Nachfrage nach Nahrung, Futtermitteln und Agrartreibstoffen verschärft weltweit den Wettlauf um landwirtschaftliche Anbauflächen, die immer knapper werden. Viele Regierungen und Privatinvestoren versuchen daher seit einigen Jahren, sich zusätzliche landwirtschaftliche Produktionsflächen verstärkt auch in armen Ländern zu sichern. So haben Investoren, vorzugsweise aus Industrie- und Schwellenländern oder den Golfstaaten, allein im Jahr 2009 in Afrika südlich der Sahara landwirtschaftliche Flächen von der Größe Frankreichs gekauft oder langfristig gepachtet. Vieles deutet darauf hin, dass dieser Landerwerb durch ausländische Investoren große Probleme und Risiken für die lokale Bevölkerung mit sich bringt. Denn viele Kleinbauern verlieren dadurch ihr Land, das bisher zwar offiziell dem Staat gehörte, faktisch aber von den Bauern als Gemeinschaftsbesitz genutzt wurde. Deshalb ist z.B. die Verabschiedung der Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern durch die Mitgliedsstaaten des Komitees für Ernährungssicherheit der Ernährungs-

und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) am 11. Mai 2012 zumindest ein erster wichtiger Meilenstein.

4. Die steigenden Preise für landwirtschaftliche Anbauflächen und Nahrungsmittel führen auch dazu, dass auf internationalen Finanzmärkten verstärkt mit Agrargütern gehandelt wird. Denn dort winken lukrative Spekulationsgewinne. Bisher waren auf diesen („Warentermin“-) Märkten nur kommerzielle und damit vergleichsweise wenige Händler aktiv, die durch ihre Aktivitäten Preisschwankungen im internationalen Handel mit Lebensmitteln wie Weizen, Reis oder Mais ausgleichen konnten. Inzwischen tummeln sich auf diesen Märkten aber immer mehr nicht-kommerzielle Händler, die lediglich auf steigende Preise spekulieren, aus denen sie Gewinn ziehen möchten. Ihre massiven Spekulationen verzerren die Preisbildung und erschweren so die eigentliche Funktion der Terminmärkte, nämlich die Absicherung von Händlern gegen Preisrisiken. Auch das hohe Risiko spekulativer Blasenbildung steigt somit und verstärkt insgesamt die ohnehin vorhandenen Trends zu steigenden und schwankenden Nahrungsmittelpreisen. All dies macht arme, meist kleinbäuerliche Haushalte und Betriebe noch verwundbarer.

5. Nach wie vor höchst problematisch sind die massiven Agrarsubventionen der EU und anderer Industrieländer. Es gibt durchaus gute Gründe dafür, die heimische Landwirtschaft zu unterstützen. Allerdings darf dies nicht die Chancen der ärmeren Länder beschneiden. Sie müssen ihre eigene Landwirtschaft so entwickeln können, dass ihre Bauern durch eigene landwirtschaftliche Produktion ein ausreichendes Einkommen erzielen können. Die Agrarförderung der EU richtet sich nach wie vor primär auf Produktionssteigerungen, ohne soziale und ökologische Belange ausreichend zu berücksichtigen. Die mit diesen Subventionen produzierten Überschüsse an Nahrungsmitteln überschwemmen die Märkte der armen Länder. So beeinträchtigen sie die Wettbewerbschancen der lokalen Produzenten und damit die Einkommensmöglichkeiten der dortigen kleinbäuerlichen Haushalte massiv. Die importierten Lebensmittel können sie sich aufgrund ihrer Armut oft nicht leisten.

6. Hinzu kommt schließlich der Klimawandel, der aller Voraussicht nach die landwirtschaftlichen Anbaubedingungen ausgerechnet in den Regionen verschlechtern wird, in denen die Menschen bereits jetzt am stärksten von Hunger und Mangelernährung bedroht sind. Bereits jetzt nehmen in einzelnen Regionen Hitzewellen und Dürren zu, was die Ernteerträge senkt oder zu völligem Ernteausfall führt. Experten warnen seit Wochen vor einer unmittelbar bevorstehenden Hungersnot in der Sahel-Zone, weil in Niger die Ernte in diesem Jahr völlig auszufallen droht. Dürren werden den Klimaforschern zufolge zukünftig sehr wahrscheinlich vermehrt und noch intensiver auftreten. Am verwundbarsten sind auch dann die Ärmsten, denn sie haben am wenigsten Möglichkeiten, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

All dies zeigt: Hunger ist ein globales Problem, das keine Region allein lösen kann. Da viele der genannten Fehlentwicklungen wesentlich auch von uns mit verursacht werden, tragen Regierungen, transnationale Unternehmen, Zivilgesellschaft und Kirchen wie auch jeder und jede Einzelne eine Mit-Verantwortung dafür, allen Menschen das Recht auf Nahrung zu sichern.

Erzbischof Schick wird gleich noch konkrete Reformvorschläge herausgreifen. Ich möchte Ihnen zuvor die drei Ebenen benennen, die für die notwendigen Veränderungen wichtig sind: Grundlegend sind erstens weitreichende politische Reformen in den von Hunger betroffenen Ländern selbst, bei uns wie auch auf globaler Ebene. Die notwendigen Reformen stoßen aber fast immer auf den Widerstand etablierter Interessengruppen. Nötig sind deshalb politische und gesellschaftliche Kräfte, die als Anwälte für die von Hunger Betroffenen oder Bedrohten auftreten. Sie müssen den Interessen dieser Menschen im politischen Prozess Gehör verschaffen. Zweitens braucht es gesellschaftlich eine höhere Wertschätzung von Lebensmitteln. Solche Leitbilder haben eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den notwendigen politischen Reformen und individuellen Verhaltensänderungen. Wenn wir uns als Gesellschaft bewusst machen, dass Agrargüter nicht nur eine Ware, sondern „Mittel zum Leben“ sind, werden wir es als Gesellschaft auch nicht zulassen, dass man Lebensmittel als Treibstoff verheizt, auf Finanzmärkten damit spekuliert oder die Entwicklung ländlicher Räume vernachlässigt. Eine größere Wertschätzung von Lebensmitteln und der zu ihrer Erzeugung notwendigen Umwelt kann umgekehrt auch zu einem persönlichen verantwortungsvollen Konsum von Lebensmittel motivieren. Das ist eine dritte wichtige Ebene.

Die drei genannten Ebenen – politischer Einsatz für gerechte politische Reformen, gesellschaftliche Bewusstseinsbildung für mehr Wertschätzung von Lebensmitteln und persönlich verantwortlicher Konsum von Lebensmitteln – können sich wechselseitig ergänzen und sind in ihrer Verbindung unverzichtbar, um die gemeinsame Verantwortung für das Recht auf Nahrung wahrzunehmen.

Die Deutsche Bischofskonferenz ist ein Zusammenschluss der katholischen Bischöfe aller Diözesen in Deutschland. Derzeit gehören ihr 67 Mitglieder (Stand: Juli 2012) aus den 27 deutschen Diözesen an. Sie wurde eingerichtet zur Förderung gemeinsamer pastoraler Aufgaben, zu gegenseitiger Beratung, zur Koordinierung der kirchlichen Arbeit, zum gemeinsamen Erlass von Entscheidungen sowie zur Kontaktpflege zu anderen Bischofskonferenzen. Oberstes Gremium der Deutschen Bischofskonferenz ist die Vollversammlung aller Bischöfe, die regelmäßig im Frühjahr und Herbst für mehrere Tage zusammentrifft.